



Rede von

Gerhard Zorn

**Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
im Rheinisch-Bergischen Kreis**

zum

Haushalt 2016

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich beginnen mit dem Dank an die, die bei der Versorgung und Unterbringung der zu uns kommenden Flüchtlinge aktiv sind.

Wir alle haben denen zu danken, die als Ehrenamtliche in den vielen Initiativen, beim DRK, beim ASB und in den Initiativen vor Ort aktiv sind. Ohne das Engagement der ehrenamtlichen Unterstützer hätte niemand die Ankommenen der letzten Monate angemessen versorgen können. Erst ihre Hilfsbereitschaft und ihr Engagement hat die Aufgabe gelingen lassen.

Dank und Anerkennung gilt natürlich den hauptamtlichen Kräften, die in den Verbänden und Vereinen tätig sind – und z.T. jetzt dort neu eingestellt wurden.

Dank und Anerkennung gilt aber uneingeschränkt auch den Mitarbeitenden in den Kommunen und im Kreis, die vor Ort, im Krisenstab, im Ausländer- und Gesundheitsamt, aber auch freiwillig aus anderen Bereichen der Verwaltungen – deutlich über das übliche Maß hinaus – gearbeitet haben. Stellvertretend nenne ich Herrn Dr. Werdel und Herrn Petri, aber auch die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Scherzberg. Und ich bitte Sie, den Dank weiterzuleiten.

Mit Stand Oktober wurde gemäß den Zahlen von Herrn Petri für 2015 mit 2.700 Asylbewerbern im Kreis gerechnet. Zum Vergleich: 2013 waren es 390. Die Verwaltung rechnet damit, dass von den Asylbewerbern 1.200 Menschen legal bei uns bleiben können. Vermutlich sind die Zahlen jetzt schon höher.

Ich begrüße sehr, dass sich die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände über viele Punkte bei der Finanzierung der Flüchtlingspauschale für 2016 und 2017 geeinigt haben. Wenn nötig, kann nach einer Evaluation nachgesteuert werden.

Die Menschen, die bleiben können, sind überwiegend aus Syrien, Irak, Iran, Eritrea und Afghanistan zu uns gekommen. Menschen, denen wir Zuflucht vor Krieg, Bürgerkrieg, Gewalt und Misshandlung gewähren.

Genau wie Meinungsfreiheit und Demokratie keine Obergrenze kennt, kann nach meiner festen Überzeugung auch das Recht auf Asyl für diese Menschen nicht begrenzt werden. Für die SPD-Fraktion sage ich: Wir wollen nicht Menschen – Männer, Frauen und kleine Kinder – im Mittelmehr ertrinken oder am Stacheldraht verhungern sehen. Wir wollen keine neuen Mauern bauen.

Deutschland erfüllt seine humanitäre Verpflichtung! Europa hat viele Mitgliedsstaaten, die dies nicht tun. Wir brauchen eine bessere Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Und die, die kein Recht haben zu bleiben, müssen das Land verlassen. Nur so ist es möglich, den Menschen die bleiben eine gute Perspektive zu geben, ohne das anderen Wohnung oder Arbeitsplatz weggenommen wird.

Wichtig ist, dass wir alle Optionen ergreifen, Menschen mit Bleibeperspektive schrittweise fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Niemand sollte Wunder erwarten. Es kommen gut ausgebildete junge Menschen. Aber auch Menschen ohne Nachweis einer Qualifikation. Aber die, die bleiben, können mittelfristig Jobs bei uns finden, Steuern und Beiträge zahlen.

Bei allem, was wir jetzt tun, muss klar sein: Die Menschen, die zu uns kommen und bleiben, können helfen, den Fachkräftebedarf von heute und morgen abzudecken. Die SPD begrüßt daher die Initiative der Kreishandwerkerschaft, die alle Innungsbetriebe gebeten hat, offene Stellen für Flüchtlinge zu melden.

Ich bitte die Verwaltung im Namen der SPD-Fraktion, das Thema Jobvermittlung für Flüchtlinge zum Thema des nächsten Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu machen.

Eines dürfen wir aber alle nicht vergessen: Alle, die hier aufgewachsen sind und Unterstützung bei der Jobsuche brauchen, werden auch gebraucht und müssen auch gezielt gefördert werden.

Meine Damen und Herren,

in der aktuellen Situation hat die Kreisverwaltung solidarisch mit den Kommunen gehandelt. Die SPD-Kreistagsfraktion will hieran anknüpfend die Kommunen weiter aktiv entlasten.

Für die kommenden zwei Kalenderjahre soll der Kreis nach unserem Antrag **25 Plätze im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) zur Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden einrichten.

Dieser Vorschlag geht zurück – darauf will ich ausdrücklich hinweisen – auf eine Initiative der CDU/CSU Bundestagsfraktion. 10.000 zusätzliche Bufdis sollen bundesweit die ehrenamtlich in diesem Bereich engagierten Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Die 25 Bufdis in unserem Antrag sollen in den Kommunen – nicht im Kreis – tätig werden! Die Organisation über den Kreis entlastet aber finanziell. Denn bei Bündelung der Stellen zahlt der Bund die Kosten für eine Verwaltungsstelle.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält ihre Initiative zu Recht für ein Zeichen der Anerkennung für die ehrenamtlichen Helfer in der Flüchtlingshilfe – und für einen Dank für deren wertvolle Arbeit. Dem kann ich nur ausdrücklich zustimmen! Die Plätze können an Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe, aber auch an Flüchtlinge selbst vergeben werden. In der Pressemeldung von CDU/CSU heißt es hierzu, dass die Einbeziehung von Flüchtlingen ein wichtiger Schritt sei, um diese Menschen schnell in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Herr Müller, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Lehnen Sie den Antrag zur Umsetzung der Initiative ihrer Bundestagsfraktion heute nicht ab. Lassen Sie uns den Antrag gemeinsam in die Ausschüsse überweisen und im Gespräch mit den Kommunen die konkrete weitere Umsetzung abklären.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Kreistagsfraktion schlägt vor, die Ausgabe einer **Gesundheitskarte** für alle den kreisangehörigen Kommunen zugewiesenen Flüchtlingen und Asylbewerbern über den Kreis zu organisieren.

„Flüchtlinge, die akute Schmerzen haben oder krank sind, sollen künftig direkt zu einer Ärztin oder einem Arzt gehen können. Kommunen können durch Einführung der Gesundheitskarte NRW ihren bürokratischen Aufwand bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge reduzieren“ sagt NRW Gesundheitsministerin Steffens von den Grünen!

Die SPD-Kreistagsfraktion findet, die Ministerin hat Recht. Und der Kreis mit seiner Ausgleichsfunktion soll diese Aufgabe übernehmen.

Dies ist auch organisatorisch richtig, weil es sinnvoller ist, die Aufgabe zentral wahrzunehmen, statt in acht kommunalen Verwaltungen. Wir reden immer über interkommunale Kooperation. Hier können wir sie ganz praktisch umsetzen!

Die Grünen stimmen im Land mit ihrer Gesundheitsministerin für die Gesundheitskarte. Und wie ich höre haben die Grünen in Odenthal beantragt, die Gesundheitskarte einzuführen.

Frau Ehren, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90 / Die Grünen: Stimmen sie auch hier für den Vorschlag ihrer Ministerin! Zeigen Sie grüne Flagge und stimmen Sie für die Gesundheitskarte im Kreis!

Meine Damen und Herren,

wir brauchen dringend **bezahlbaren Wohnraum**. Bezahlbarer und bezahlbarer familiengerechter Wohnraum darf im Kreis nicht Mangelware bleiben! Die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft (RBS) muss jetzt deutlich aktiver werden! Die RBS soll Grundstücke im gesamten Kreisgebiet erwerben, um dort mittelfristig bis zu 200 neue Wohnungen zu bauen.

Es werden Wohnungen mit Sozialbindung benötigt oder – im Hinblick auf die aktuellen Finanzierungsbedingungen – mit freier Finanzierung, bei denen dennoch im Rahmen einer Selbstbindung die Regelungen der Sozialbindung angewandt werden. Denn bei der RBS sind viele Wohnungen aus der Sozialbindung rausgefallen. Daher muss ein sehr deutlicher Schwerpunkt der neuen Wohnungen in diesem Bereich liegen.

Dieser Punkt, Herr Landrat, meine Damen und Herren, ist ein zentraler Punkt unseres Antrages. Auch wenn wir die konkrete Prozentzahl nach interfraktionellen Diskussionen nicht weiter verfolgen soll eindeutig beschlossen werden, dass für die neuen Wohnungen überwiegend die Sozialbindung greift.

Und wir brauchen auch dringend familiengerechte Wohnungen mit vier Zimmern. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Familien wird seit längerem nicht mehr gedeckt. Der Bedarf wird eindeutig weiter steigen.

Daher fordert die SPD einen in Höhe des konkreten Bedarfs auszuweisenden Anteil der neuen Wohnungen in Form von familiengerechten Wohnungen. Ich bin gespannt, welche Quote die Geschäftsführung der RBS hier für erforderlich hält. Ich bin sicher, die von uns angedachten 25 % sind nicht zu hoch angesetzt!

Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag auf breite Zustimmung stößt. Den Antrag der Linken zum Runden Tisch betrachte ich dann für erledigt.

Meine Damen und Herren,

wir haben heute auch über diverse Anträge zum Thema Verkehr zu entscheiden.

Die SPD schlägt vor, die Erhaltung und den schrittweisen Ausbau eines auch zur Nutzung in der Freizeit geeigneten Fahrradwegenetzes deutlich voranzubringen. Hierzu soll zuerst der Zustand aller bestehenden Fahrradwege im Zuständigkeitsbereich des Kreises erfasst und eine ggf. erforderliche Instandsetzung festgestellt werden. Dann sind die schrittweise Erneuerung und der schrittweise Ausbau des Fahrradwegenetzes anzugehen. Für erste Maßnahmen in 2016 sollen 10.000 € bereitgestellt werden. Ich gehe davon aus, dass auch dieser Antrag auf breite Zustimmung stößt.

Die SPD wird dem Antrag auf Einsatz alternativer Antriebsformen zustimmen. Wenn das auch bei uns bezuschusst und damit realisierbar wird, ist das gut für die RVK, die Wupsi – die einzubinden ist – und das Klima.

Wir stimmen auch zu, den Takt der Linie 1 nachts am Wochenende auf einen 30 Minuten Takt zu verändern.

Bei Realisierung zu akzeptablen Preisen seitens der KVB – ich bin gespannt – werden wir den Antrag stellen, auch den Nachtbusverkehr anzupassen. Kevin – oder gar Anna allein an der Haltestelle ist keine Lösung! Wer die Linie 1 verändert, muss auch das Nachtbusangebot verändern!

Insgesamt muss das Nachtbusangebot überprüft und sinnvoll ausgebaut werden. Denn Nachtschwärmer gibt es auch im Nordkreis!

Meine Damen und Herren,

auf Basis der bestehenden Verabredung mit CDU und den Grünen stimmt die SPD dann auch dem Haushalt zu.

Ich betrachte dies auch als Signal an die Kreisverwaltung, dass wir die zusätzlichen Stellen und Mittel für die aktuellen Aufgaben mittragen und die bisher gute Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zur Unterbringung von Flüchtlingen ausdrücklich anerkennen!

Meine Damen und Herren,

die Hektik mancher Fraktionen zum Kommunalinvestitionsfördergesetz finde ich allerdings erstaunlich.

In der Sondersitzung des Ältestenrates am 11.11. ist dieses Thema erstmals erörtert worden. Erläutert wurde, dass die Fenster- und Fassadenerneuerung des bestehenden Kreishauses – für die Rückstellungen gebildet worden sind – hierüber finanziert werden kann. Weiter wurde mündlich berichtet, dass möglicherweise im Hinblick auf die seit Planung des Kreishausanbaus erfolgten Stellenmehrungen ein Aufstocken des Gesundheitsamtes erforderlich sein könnte. Alle Themen finden sich jetzt in diversen öffentlichen Anträgen.

Herr Höhne, Herr Deppe und ich haben erste Erklärungen abgegeben. Ich habe erklärt, dass die Finanzierung der eigenen Maßnahmen des Kreises gegenüber einer vollständigen Weitergabe an die Kommunen sinnvoller ist, da auch dies zu einer Entlastung der Kommunen führt. Darüber hinaus habe ich erklärt, dass ein Weg gefunden werden muss, den Kommunen – auch denen im HSK – eine Finanzierung des Eigenanteils zu ermöglichen.

Ich habe in Erinnerung, dass zu allen aufgeworfenen Themen weitere Informationen zusammengetragen werden sollten. Ich hatte auf dieser Basis – ohne die weiteren Informationen – keine Veranlassung, jetzt Anträge zu stellen.

Herr Conrad hat das anders gesehen und einen Antrag mit Varianten auf den Weg gebracht. Die CDU und Bündnis 90 / Die Grünen haben gestern einen Änderungsantrag hierzu eingebracht.

Meine Damen und Herren,

zur Sache kann ich für die SPD-Fraktion klar und eindeutig erklären, dass wir die Mittel zur Entlastung der Kommunen nutzen wollen! Dies muss dadurch geschehen, dass notwendige eigene Maßnahmen über diese Mittel des Bundes finanziert werden, um so über die Umlage finanzierte Mittel zu sparen.

Damit ist auch klar, dass eine Nutzung der Mittel für den Breitbandausbau nicht notwendig ist, da hierfür andere Fördertöpfe des Bundes, des Landes und der EU zur Verfügung stehen.

Die SPD setzt sich von Anfang an dafür ein, wirksam eine Finanzierung des Eigenanteils der Kommunen zu gewährleisten. Es darf nicht passieren, dass eine Kommune die Bundesmittel aus dem Kommunalinvestitionsfördergesetz nicht abrufen kann, weil der Eigenanteil nicht finanziert werden kann oder darf. Diese Position habe ich – wie ausgeführt – bereits bei der ersten Diskussion erläutert.

Dennoch schlagen wir vor, die Entschließungsanträge hierzu in die Ausschüsse zu verweisen. Grund zur Hektik besteht nicht.

Wir möchten wissen, ob die vorgeschlagene Einmalzahlung wirklich alle Kommunen rechtlich in die Lage versetzt, hieraus ihren Eigenanteil zu finanzieren, oder ob wir andere Wege finden müssen.

Wir wollen wissen, ob es zu der Aufstockung des Gesundheitsamtes keine Alternative gibt. Es kann nicht sein, dass wir ohne Prüfung des Bedarfs und aller denkbaren Alternativen die Aufstockung beim Altbau schon beschließen, während der Neubau noch nicht einmal fertig ist.

Beim Neubau wird dank guter Planung bislang der Kostenplan eingehalten. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Dank an Herrn Eckl, sein Team und den beauftragten Generalunternehmer.

Vor der Beschlussfassung über den Bau hat eine intensive Beratung aller Alternativen stattgefunden. Die SPD-Fraktion ist nicht bereit, auf Zuruf 2 Mio. € für eine Aufstockung auszugeben.

Wir wollen die Aufstockung des Gesundheitsamtes nicht, wenn dies nicht zwingend notwendig ist. Und zur Klärung dieser Frage müssen die Alternativen geprüft werden.

Wir wollen z.B. wissen, ob der Personalmehrbedarf wirklich langfristig besteht.

Wir wollen z.B. wissen, welche Auswirkung neue technische Entwicklungen auf den Raumbedarf haben – zum Beispiel die in den nächsten Jahren einzuführende elektronische Akte. Werden nach Einführung der E-Akte nutzbare Räume frei, weil Papierakten nicht mehr gelagert und am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden müssen?

Für eine wirklich familienfreundliche Kreisverwaltung ist ein deutlicher Ausbau der Telearbeit überfällig. Hier hinkt die Kreisverwaltung deutlich hinterher. Wir wollen z.B. wissen, ob ein deutlicher Ausbau der Telearbeit Platzbedarf einsparen kann, z.B. weil Teilnehmende an der Telearbeit sich einen Schreibtisch teilen.

Der SPD-Fraktion ist es lieber, die Kommunen investieren die 2 Mio. für die Menschen im Kreis, anstatt der Kreis 2 Mio. für weitere Schreibtische im Kreishaus.

Meine Damen und Herren, wir sind in vielen Punkten einig! Dies betrifft die Finanzierung für die Fenster- und Fassadenerneuerung und die Weitergabe der hierfür nicht benötigten Mittel an die Kommunen.

Lassen Sie uns die Beschlüsse zum Kommunalinvestitionsfördergesetz auf breiter Basis fassen und die aufgeworfenen Fragen vorher gemeinsam klären!